

Nr. 05/2009 • 03.07.2009

* Kampf gegen Steuerflucht

Es klingt ein wenig nach Abenteuer und großer weiter Welt: mit dem Geldkoffer nach Luzern, ein Nummernkonto auf den Cayman Islands. Aber wer so oder auf anderen Wegen Steuern am deutschen Staat vorbeischleust, leistet sich kein Kavaliersdelikt, sondern handelt schlicht illegal.

Steuerhinterziehung schadet allen

Es gibt Schätzungen, nach denen die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik durch Steuerhinterziehung und Steuerbetrug über 100 Milliarden Euro verlieren. Hätte der Staat diese Einnahmen, könnte er sie in Zukunftsinvestitionen stecken. Und auch weitere Steuerentlastungen wären nicht so illusorisch wie derzeit. Man sieht: Steuerhinterziehung ist ein Vergehen, dass nicht nur Einzelnen, sondern der Gemeinschaft schadet. Wenn die ehrlichen Steuerzahler sich als die Dummen fühlen, wirft das die Frage nach Gerechtigkeit auf. Deshalb muss der Staat Erfüllung und Anerkennung der deutschen Steuergesetzgebung herstellen.

Erhöhte Nachweispflicht

Mit den neuen Vorschriften zur besseren Bekämpfung von Steuerhinterziehung hat die öffentliche Hand mehr Möglichkeiten, Steueründern zuleibe zu rücken, die mit Staaten oder Finanzzentren Geschäfte machen, die sich nicht an die Informationsstandards der OECD für Steuerangelegenheiten halten. Das Gesetz sieht vor, dass Unternehmen und Privatleute, die sich solche unkooperativen Geschäftspartner suchen, dem Staat gegenüber zu umfassenden Auskünften verpflichtet sind. Von Privatpersonen mit mehr als 500.000 Euro Jahreseinkommen kann der Staat eidesstattliche Erklärungen verlangen, zudem wird die Frist für die Aufbewahrung von Steuerunterlagen verlängert. Wer-

den die erhöhten Nachweispflichten nicht erfüllt, können dem Steuer(nicht)zahler in Deutschland Vergünstigungen gestrichen werden, wie der Betriebsausgabenabzug, eine Entlastung von der Kapitalertrags- oder Abzugssteuer oder die Steuerbefreiung für Dividenden.

Wer ehrlich zahlt, bleibt unbehellig

Alle steuerehrlichen Bürger sind von dem Gesetz nicht betroffen. Es geht nicht darum, den gläsernen Steuerbürger zu schaffen. Wer Kapital ins Ausland transferiert, für den gilt: Je mehr der andere Staat kooperiert, desto weniger Nachweise muss der betroffene Geschäftspartner hier in Deutschland erbringen. Es geht also auch darum, sich zu überlegen, wohin man sein Geld überweist.

Internationales Vorgehen

Direkten Druck auf die Länder auszuüben, die es Bürgern und Körperschaften erleichtern, Steuern zu hinterziehen, ist mit nationalen Vorschriften schwerlich möglich. Deshalb haben die OECD-Staaten verabredet, gemeinsam gegen sogenannte Steuerroasen vorzugehen. Dafür gibt es einen Baukasten von Sanktionen, der von schärferen Offenlegungspflichten für Banken bis zu erhöhten Steuern und Bilanzierungsnachteilen für verdächtige Unternehmen reicht.

Fazit

Es geht um Gerechtigkeit und Balance in einer Gesellschaft, in der Verluste sozialisiert werden, und um die Handlungsfähigkeit des Staates. Jeder hat die Pflicht, in Deutschland Steuern zu zahlen. Steuerhinterziehung und Steuerbetrug stellen das bewährte Ordnungsmodell der sozialen Marktwirtschaft in seinen Legitimationsgrundlagen in Frage. Das dürfen wir nicht zulassen.